Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(25.9.1974) Drucksache 8/1087

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 1087
(zu Drs. 8/1076)
25. 09. 74

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
zum Antrag der Fraktion der CDU vom 10. September 1974 (Drs. 8/1076)

Vorfälle in den Justizvollzugsanstalten Bremen-Oslebshausen

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktion der CDU vom 10. September 1974 erhält folgenden Wortlaut:

Der Senat wird aufgefordert,

der Bürgerschaft (Landtag) unverzüglich nach Beendigung der Verfahren Bericht zu erstatten über

1. das Ergebnis der Ermittlungen hinsichtlich der gegen die Leitung der Justizvollzugsanstalten Bremen-Oslebshausen sowie Bedienstete des Justizvollzugsdienstes erhobenen Vorwürfe,
2. die zu ziehenden personellen Konsequenzen, insbesondere gegen die betroffenen Beamten des höheren sowie des gehobenen Dienstes.

Pöting, Dr. Franke und Fraktion der SPD

Druck: Bremer Nachrichten GmbH & Co.

Drucksache 8 / 1087
(zu Drs. 8/1076)
25. 09. 74

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zum Antrag der Fraktion der CDU vom 10. September 1974 (Drs. 8/1076)

Vorfälle in den Justizvollzugsanstalten Bremen-Oslebshausen

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktion der CDU vom 10. September 1974 erhält folgenden Wortlaut:

Der Senat wird ersucht,

der Bürgerschaft (Landtag) unverzüglich unter Berücksichtigung der vorab dem Berichterstatter gegebenen Informationen zu erstatten über

1. den Umfang des Einsatzes hinsichtlich der gegen die Leitung der Justizvollzugsanstalten Bremen-Oslebshausen sowie Bediensteter des Justizvollzugsdienstes erhobenen Vorwürfe,

2. die zu ziehenden personellen Konsequenzen, insbesondere gegen die betroffenen Beamten des höheren sowie des gehobenen Dienstes.

Bonn: Die Fraktion der SPD